



ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Markowitz
Kolleginnen und Kollegen
betreffend Genug gezahlt – Verwaltungsreform jetzt!

eingebraucht in der 132. Sitzung des Nationalrates, am 16. November 2011 im Zuge der Debatte zu TOP 1, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1405 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2012 (Bundesfinanzgesetz 2012 - BFG 2012) samt Anlagen (1510 d.B.)

(Untergliederung UG 10)

Die Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2011 und die Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Österreichs für 2011-2014 weisen sehr deutlich darauf hin, dass die Bundesregierung in Sachen Verwaltungsreformen säumig ist.

Erst am 9. Juni 2011 kritisierten die Vertreter des IWF die österreichische Regierung und ihre Pläne zur Verwaltungsreform und zur Schuldenreduktion als wenig ambitioniert.

Bislang sind von der Bundesregierung nur Ankündigungen im Hinblick auf die Umsetzung der Vorschläge des Rechnungshofs zu hören, obwohl die Gefahren eines weiteren Aufschiebs zumindest von den Finanzsprechern Stummvoll und Krainer sehr klar erkannt worden sind. Beide sprachen gegenüber den Vertretern des IWF am 9. Juni 2011 von tickenden Zeitbomben, die rasch entschärft werden müssen und kündigten eine „step by step“-Strategie bei der Umsetzung an.

Selbst die in Aussicht gestellte „step by step“-Strategie wäre schon ein großer Fortschritt gegenüber der bisherigen Untätigkeit.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die 315 Einzelvorschläge des Rechnungshofs, die dieser in seiner Schrift „Verwaltungsreform II“ aus der Reihe Positionen, 2009/1, dargelegt hat, noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen.“